

DER WISSENSCHAFTSRAT BERÄT DIE BUNDESREGIERUNG
UND DIE REGIERUNGEN DER LÄNDER IN FRAGEN
DER INHALTLICHEN UND STRUKTURELLEN ENTWICKLUNG DER
HOCHSCHULEN, DER WISSENSCHAFT UND DER FORSCHUNG.

PRESSEMITTEILUNG 17 | 2012

Berlin 16.07.2012

Archive, Bibliotheken, Sammlungen, Forschungsdaten: Weiterentwicklung von Informationsinfrastrukturen muss besser koordiniert werden!

Der große Bedarf der Wissenschaft an digitalen und retrodigitalisierten Daten und Informationen, rasch anwachsende Sammlungen von Forschungsdaten in nahezu allen Disziplinen und die zunehmende Virtualisierung wissenschaftlicher Kommunikation stellen Wissenschaft und Informationsinfrastrukturen vor große Herausforderungen. Auch die weltweiten Kooperationen und der internationale Wettbewerb der Wissenschaftssysteme haben zu steigenden Anforderungen an die Informationsinfrastrukturen geführt. Der Wissenschaftsrat hat sich deshalb dafür ausgesprochen, das Gesamtsystem der wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen in Deutschland strategisch weiter zu entwickeln. Er ruft Bund und Länder dazu auf, eine ausreichende Grundfinanzierung der wissenschaftlich erforderlichen, öffentlichen Informationsinfrastruktureinrichtungen sicherzustellen und dabei enger zusammenzuarbeiten.

„Ein leistungsstarkes und effizientes Informationsinfrastruktursystem kann nur durch länderübergreifende Kooperation und Arbeitsteilung erreicht werden. Hier besteht noch großer Verbesserungsbedarf“, betont Wolfgang Marquardt, Vorsitzender des Wissenschaftsrates. Bund und Ländern wird daher empfohlen, eine gemeinsame Finanzierung von Informationsinfrastrukturen und ihren Serviceangeboten, besonders an Hochschulen, zu ermöglichen. Zudem sollten Bund und Länder sich zukünftig besser abstimmen, bevor sie über die Neugründung, Zusammenlegung oder Schließung von Informationsinfrastruktureinrichtungen entscheiden.

Großen Abstimmungsbedarf sieht der Wissenschaftsrat auch bei der Bearbeitung der derzeit wichtigsten Infrastrukturaufgaben wie beispielsweise der (Retro-) Digitalisierung, der Langzeitarchivierung und der langfristigen Sicherung des Zugangs zu Forschungsdaten und Informationen. „Zwar sind in den vergangenen Jahren zahlreiche

Initiativen entstanden, in denen Vertreterinnen und Vertreter aus Wissenschaft und Informationsinfrastrukturen gemeinsam und teilweise mit beachtlichem Erfolg an der Lösung drängender Probleme arbeiten. Diese tauschen sich untereinander bislang jedoch zu wenig aus und leisten infolgedessen vielfach unnötige Doppelarbeit. Synergien werden nicht hinreichend ausgeschöpft“, so Marquardt. Vor diesem Hintergrund spricht sich der Wissenschaftsrat für ein zweistufiges Koordinierungsverfahren aus.

Auf einer ersten Stufe sollten in einem wettbewerblichen Verfahren Initiativen mit der Koordinierung der wichtigsten Aufgabenfelder beauftragt werden. Zu einigen dieser Aufgabenfelder gibt der Wissenschaftsrat konkrete Empfehlungen, so etwa zur Sammlung, Bewahrung und Zugänglichkeit nicht-digitaler Medien und Objekte, zur digitalen Transformation, zu Forschungsdaten sowie zur Langzeitarchivierung und -verfügbarkeit digitaler Medien. In den Initiativen sollten Akteure aus Wissenschaft und Infrastrukturen zusammenwirken, eine möglichst arbeitsteilige Bearbeitung des jeweiligen Aufgabenfeldes durch Informationsinfrastrukturen organisieren und auf Doppelarbeit hinweisen. Zudem sollten sie Kooperationen mit ausländischen Einrichtungen anstoßen.

Auf einer zweiten Stufe sollten Bund und Länder einen Rat für Informationsinfrastrukturen als übergeordnetes Koordinierungsgremium einrichten. Dieser Rat sollte eine Abstimmung zwischen den unterschiedlichen Initiativen gewährleisten und Bund und Ländern künftig Empfehlungen zur strategischen Weiterentwicklung des sehr dynamischen Informationsinfrastruktursystems geben. Zudem sollte er dafür Sorge tragen, dass neu aufkommende Infrastrukturaufgaben erkannt und in guter Qualität bearbeitet werden. Aufgrund des dringenden Handlungsbedarfs empfiehlt der Wissenschaftsrat, noch in diesem Jahr einen Gründungsausschuss einzusetzen, der die zügige Einrichtung des Rates vorbereiten soll.

Mit seiner Empfehlung zur Einrichtung dieses Rates schließt sich der Wissenschaftsrat im Grundsatz einer Empfehlung der Kommission „Zukunft der Informationsinfrastruktur“ (KII) an. Die KII, in der Vertreterinnen und Vertreter der deutschen Forschungsorganisationen sowie von Infrastruktureinrichtungen zusammengearbeitet haben, hatte im Auftrag der Gemeinsamen Wissenschaftskonferenz von Bund und Ländern (GWK) und unter Federführung der Leibniz-Gemeinschaft im Mai 2011 ein „Gesamtkonzept für die Informationsinfrastruktur“ vorgelegt. Die GWK hatte daraufhin den Wissenschaftsrat gebeten, im Rahmen seiner „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen in Deutschland bis 2020“ zu dem Konzept der KII Stellung zu nehmen.

Hinweis: Die „Empfehlungen zur Weiterentwicklung der wissenschaftlichen Informationsinfrastrukturen in Deutschland bis 2020“ (Drs. 2359-12) werden im Netz als Volltext (<http://www.wissenschaftsrat.de/download/archiv/2359-12.pdf>) veröffentlicht, sie können aber auch bei der Geschäftsstelle des Wissenschaftsrates per E-Mail (post@wissenschaftsrat.de) angefordert werden.